

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 7/2011

17. Juni 2011

Die Reform der Briefwahl war der wichtigste Beschluss in der dieswöchigen Plenarsitzung des Nationalrats. Hier eine Zusammenfassung der politischen Hauptthemen.

Briefwahl wird reformiert und verbessert

Die 2007 eingeführte und sehr bewährte Briefwahl wird durch eine Reihe von Maßnahmen verbessert.

- Die wichtigste ist die **Verkürzung der Briefwahlfrist**. Künftig muss die Wahlkarte spätestens am Wahltag um 17.00 Uhr bei der Bezirkswahlbehörde eingelangt sein. Die Nachfrist von acht Tagen wird gestrichen. Damit wird "taktisches Wählen" verhindert, also eine spätere Stimmabgabe, wenn das Wahlergebnis schon bekannt ist. Die Summe der eingelangten Briefwahlkarten wird protokolliert, die Auszählung erfolgt am Montag ab 9.00 Uhr durch die Bezirkswahlbehörden.
- Vor allem **Wähler im Ausland** müssen sich daher früher als bisher entscheiden. Auslandsösterreicher erhalten die Briefwahlunterlagen um eine Woche früher. Gleichzeitig soll aber die Ausgabe der Wahlkarten drei Tage früher als bisher erfolgen.
- Um Missbrauch zu verhindern, werden die Regeln für die Beantragung einer Wahlkarte sowie zur **Identifizierung und Ausgabe** geändert. Antragsteller müssen künftig mit Ausweis(nummer) oder elektronischer Signatur ihre Identität nachweisen - entweder bei Antragstellung oder Ausfolgung der Wahlkarte. Ein telefonischer Antrag ist nicht zulässig. Personen in Heimen oder Spitälern muss die Wahlkarte persönlich übergeben werden. Die Beantragung und Ausstellung der Wahlkarten wird protokolliert und dem Wahlakt angeschlossen. Überbringt ein Bote die Wahlkarte, darf er sie nicht gleich wieder ausgefüllt mitnehmen.
- Geändert wird auch die Regelung über den Wahlausschluss **Strafgefangener**. Künftig entfällt das Wahlrecht nicht automatisch bei Haftstrafen über einem Jahr, sondern das Gericht entscheidet im Einzelfall. Gestrichen wird das **Habsburger-Kandidaturverbot** bei Bundespräsidentenwahlen.

In Kraft treten die Neuerungen am 1. Oktober. Bei den nächsten Nationalrats-, EU- oder Bundespräsidentenwahlen gelten sie also bereits. Um eine ähnliche Regelung auch für die Gemeinderats- und Landtagswahlen herbeizuführen, bedarf es eines Beschlusses des burgenländischen Landtags. Dazu laufen bereits seit längerem Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP im Burgenland.

Hilfe für Griechenland ist auch ein Akt des Selbstschutzes

Die Sinnhaftigkeit der Finanzhilfe für Griechenland hat Finanzministerin Maria Fekter in der "Aktuellen Stunde" neuerlich klargelegt: "Wir borgen Geld gegen Zinsen und verpflichten Griechenland zu Reformen." Griechenland in die Pleite zu schicken oder aus der Euro-Zone auszuschließen, würde eine unkontrollierbare Kettenreaktion auslösen.

Parlamentarischer Abschied von Wilhelm Molterer

In seiner Abschiedsrede vor dem Nationalrats hat unser früherer Vizekanzler Wilhelm Molterer betont, was aus seiner Erfahrung für die Politik wichtig ist: respektvoller Umgang der Politiker untereinander, der Wille zur Veränderung und die Fähigkeit zum Gestalten. Nur so könnten Herausforderungen wie Pensionssicherung, Klimaschutz, Migration oder Arbeitsplatzsicherung bewältigt werden.

Ich habe Willi Molterer als geradlinigen und weitblickenden Politikerkollegen kennengelernt. Ich bin sicher, dass er seine Fähigkeiten auch in seiner neuen Aufgabe in der Europäischen Investitionsbank bestens entfalten kann.